

Die Grenzen der automatischen Steuerung der Wirtschaft und eine krisenpolitische Idee

Von Dr. W. B ä g g l i, Wabern-Bern

Beim Studium des konjunkturstatistischen Materials fällt allgemein die schwache Reaktion des Arbeitsmarktes auf die erhebliche Steigerung der Produktion auf. Trotz offensichtlicher Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit bleiben die Arbeitslosenziffern verhältnismässig wenig verändert. Am prägnantesten zeigt sich diese Erscheinung in den U. S. A.

	Industrielle Produktion ¹⁾	Beschäftigungs- koeffizient ²⁾ (1923—1925 = 100)	Lohnzahlungen ¹⁾
1919	83	107	98
1929	119	105	109
1932	64	66	47
1937 (April) . . .	122 ³⁾	102 ³⁾	105 ³⁾

Wenn sich die ungleiche Entwicklung der Indizes auch zum Teil mit bekannten Konjunkturphänomen erklären lässt, so muss sie aber doch auch auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass die vermehrte Produktion einfach durch bessere Ausnützung der mechanischen und menschlichen Kapazität erzielt werden kann, ohne dass nennenswerte neue Produktionsmittel (Ausnahme: Modernisierung) geschaffen werden müssen.

Wir sind der Auffassung, dass auf Grund dieser und anderer Tatsachen eine Revision der Ansichten über die selbstreinigenden Kräfte der Wirtschaft wie auch über den Wirkungseffekt vieler Mittel der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik notwendig wird.

Die Prämissen und Erscheinungsformen der Wirtschaft haben sich geändert.

Zahlreiche Nationalökonomien huldigen immer noch der Ansicht, dass sich die wirtschaftlichen Störungen hauptsächlich aus einer nicht übereinstimmenden Entwicklung der Erzeugung von Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern ergäben. Daraus wird u. a. auch gefolgert, dass die wirtschaftliche Gesundheit eines Landes nur nach der alten «bewährten» Methode der

¹⁾ Federal Reserve Bulletin, June 1937.

²⁾ Umfasst nicht die gesamte Arbeitslosigkeit.

³⁾ Provisorisch.

möglichsten Befreiung des Unternehmertums erfolgen könne, indem die durch die Fehlinvestition hervorgerufene Preissenkung selbstregulierend den Anpassungsprozess und auch die Neubelebung der Wirtschaft durch Befreiung des Marktes von den Vorräten und Schöpfung neuer Produktionsgänge auslösen würde.

In den modernen, hochentwickelten Staaten fehlen aber die Voraussetzungen für eine Selbstregulierung der Wirtschaft immer mehr, weil die nun einmal gegebene Struktur der Güterschaffung schon viel zu sehr erstarrt ist. Dann ist der laufende Bedarf von Verbrauchsgütern gemessen am Produktionsapparat, an der Zahl der Arbeitskräfte und an der Arbeitsverfassung relativ klein. Im weiteren mangeln auch die technischen Möglichkeiten für eine ständige Neuerweiterung der Wirtschaft, nachdem deren Überentwicklung auf einzelnen Gebieten durch die Preisbewegung korrigiert worden wäre.

Das Verhältnis zwischen der Herstellung von sachlichen Produktionsmitteln und von Verbrauchsgütern spielt heute nicht mehr die gleiche Rolle wie früher, weil die Entwicklungsmöglichkeit der Grosstechnik begrenzt ist. Dies ergibt sich aus folgender einfachen, historischen Überlegung: Auf der Stufe der Ursiedlung, dem Sammeln von Wildfrüchten und Pflanzen sowie der Jagd nach ungezähmten Tieren waren Art und Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit vom Vorkommen von Bodenfrüchten im Verhältnis zur Bevölkerung und eventuell auch vom Bedürfnis nach Schutzeinrichtungen und der Art seiner Befriedigung gegeben. Die Eigenart der Wirtschaftsformen ergab sich aus den natürlichen Verhältnissen, dem Vorkommen und der zufälligen Auffindung von Gesteinen, Metallen, Hölzern und Faserstoffen und der Fähigkeit, diese zu bearbeiten. Gebrauchs-, Kult-, Schmuckbedürfnisse und Liebhabereien führten zur Aufstapelung von Edelmetallen etc. Die militärische, richterliche und konfessionelle Gliederung war zuerst wichtiger als die technische Arbeitsteilung. Seit der Kontaktnahme der verschiedenen Siedlungsgruppen entwickelte sich ein Austausch der spezifischen Seltenheitsgüter. Die sich viele Jahrhunderte behauptende Zwangsjacke der Zunftverfassung liess der weiteren Arbeitsteilung wie auch der technischen Entwicklung wenig Raum. Die persönliche und wirtschaftliche Befreiung der Volksmassen, die dadurch stark aktivierte Bevölkerungszunahme, besonders aber die technischen Erfindungen schufen die Möglichkeiten für Massenumsätze stofflicher Natur. Namentlich die Schifffahrt und die Eisenbahnen waren Hauptträger einer Schwerindustrie mit grossem Verbrauch von Rohstoffen, deren Gewinnung ebenfalls viele Arbeitsmöglichkeiten bot. Der zunehmende Verkehr zwischen Völkern verschiedener Wertauffassungen und auch gewaltsame Aktionen förderten die Auflockerung der früher sterilisierten Edelmetallschätze (Südamerika, Indien!) und brachten zudem Änderungen beim Geld- und Kreditvorrat wie eine Akkumulation von Eigentumsrechten am Boden und an den Rohstoffen bei einzelnen Machtgruppen. Zur verkehrswirtschaftlichen Expansion kam weiter der Aufschwung bei der Verarbeitung der Textilfasern. Gerade das Bekleidungsbedürfnis brachte ungeheure Betätigungs-

möglichkeiten mit riesigem Stoffverbrauch. Die starke Bevölkerungsvermehrung war wieder die Grundlage einer ausserordentlichen Baukonjunktur sowie der Belebung der Industrien zur Herstellung von Möbeln und andern Gegenständen des Hausrats. Auch die durch die zunehmende Konkurrenz bedingte Mechanisierung (Herstellung von Bearbeitungsmaschinen) absorbierte anfänglich noch bedeutende Kräfte.

Die massive Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahrhundert war nur durch eine beispielslose Kumulation von Erzeugungsgelegenheiten von Massensachgütern ermöglicht worden, wie dies in Zukunft kaum jemals wieder zutreffen wird.

Viele Bewohner der alten Kulturländer und Industriestaaten sind nun mit einem gewissen Minimum von Bedarfsgütern versehen. Sie wohnen, nähren und kleiden sich, wenigstens absolut, ziemlich passabel. Was über ein bestimmtes Minimum verbraucht werden kann, wird durch den viel wechselnderen, subjektiveren und namentlich aber auch vom Sparwillen abhängigen Wahlbedarf diktiert. Die Konkurrenz um den Käufer verstärkt sich daher immer mehr und fordert möglichste Verbesserung des Nutzeffektes. Die Produktion steigt deshalb vielfach sogar über die reale Aufnahmefähigkeit der Konsumenten, weil die Erzeugung keine streng organische Funktion der Arbeitsaufwände und der Kreditmenge ist. Als Folge der technischen Arbeitsteilung geht die Spezialisierung weiter, so dass viele Erwerbende mit der Wirtschaft nur noch durch kleine Teilverrichtungen verbunden sind, deren Ausschaltungsmöglichkeit durch andere Erzeugnisse oder durch Depressionen immer näher rückt.

Die neuauftkommenden wirtschaftlichen Leistungen entwickeln sich mehr und mehr zu Konkurrenzprodukten der bereits vorhandenen Güter, wodurch die Gefahr und die Wahrscheinlichkeit der Freisetzung der entsprechenden Arbeitskräfte ständig grösser wird. Das gilt zum Teil für die sich mächtig entwickelnde Motorwagenindustrie, welche einer der Hauptrepräsentanten der Träger der jüngern wirtschaftlichen Evolution ist und die den scharfen Kampf zwischen Schiene und Strasse auslöste. Zu nennen sind sodann die Auseinandersetzungen zwischen Radio einerseits und Berufsmusiker und Schallplattenindustrie anderseits. Mächtige Kämpfe spielen sich ferner in der Treibstoffwirtschaft ab (Kohle gegen Öl!). Auch innerhalb anderer Zweige wird die Konkurrenz mit allen Mitteln (Mode etc.) ständig verschärft.

Unter der Last der neuen Bedürfnisse und aus Furcht vor einer möglichen Nichtunterbringung der Nachkommen im Arbeitsprozess verlangsamt sich auch die Bevölkerungszunahme, und damit verkleinern sich wieder die Absatzmöglichkeiten für die Bau- und Investitionsindustrie. Im Anfangsstadium der Überalterung steigt auch die Zahl der Erwerbenden relativ rascher als jene der Verbraucher.

Unter dem Druck der verschärften Konkurrenz um die Sachleistungen und aus Gründen der veränderten Lebensgestaltung vollziehen sich weiter folgende Wandlungen:

Die Dienstleistungen, die sich einer direkten Beeinflussung durch die Kredite und durch die Sachinvestition weitgehend entziehen, treten im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungen immer stärker hervor.

Wir denken hier einmal an die Funktionen des Verteilungsgewerbes (auch für Kredit), die sich selbst wieder den Platz an der Sonne durch gross angelegte Propaganda und Reklame streitig machen. Sehr bedeutend werden auch die Leistungen für Gesundheits-, Körper- und Schönheitspflege. Wir erwähnen weiter die Filmindustrie, den Sport, den Fremdenverkehr, die Hausdienste, das Versicherungswesen und die Verwaltungstätigkeit der öffentlichen Körperschaften. Die Komplizierung des Wirtschaftslebens bedingt zudem eine Weiterentwicklung der Rechtspflege. Zahlreiche dieser Leistungen werden durch Gesetzesakt zu Zwangskosten (Steuern, Versicherungen etc.). Für viele der angeführten Verrichtungen haben die Vorgänge in der Produktionsmittelindustrie nur noch mittelbare Bedeutung. Häufig sind die Dienstleistungen technische, rechtliche oder organisatorische Monopolleistungen und absorbieren überdurchschnittlich hohe Einkommensanteile. Zahlreiche dieser Dienstleistungen dienen der angenehmen, gesellschaftlichen und äusserlich präsentierbaren Seite des Lebens. Die entsprechenden Kosten unterliegen daher viel weniger der Preiskritik als die stofflichen Aufwände des täglichen, notwendigen Bedarfes. Nicht selten wird der Konsum von Nahrungsmitteln zugunsten der andern Ausgaben zusätzlich reduziert und vereinfacht.

Auch in andern Erwerbszweigen steigen die Aufwände für Arbeit und Zinsen mehr als die Kosten der Rohstoffe. Die Schöpfung eines raffiniertesten Wohnkomfortes ist z. B. weniger eine Funktion übersetzter Ansprüche der Konsumenten als der bewussten Tendenz, möglichst viel Arbeit zu verwerten. Die starren Kosten für die Miete steigen daher auf 20—40 % der Gesamtausgaben vieler Kleinkonsumenten.

Bezüglich der Bedeutung der Produktionsmittel ist weiter noch hervorzuheben, dass die Landwirtschaft, der heute noch über 50 % der Bevölkerung der Erde angehören, gar keine wesentliche Produktionsmittelindustrie kennt. (Ausnahme Zuchtbetriebe der Alpen!) Das wichtigste agrare Produktionsmittel ist der Boden. Nur dessen Inkulturnahme, die aber vielfach in Form der Auswandererkolonisation reichlich primitiv vor sich geht, erfordert einige Vorräte an Lebensmitteln und Werkzeugen. Wenn auch der Landbau der Kulturländer Abnehmer von Maschinen ist, so spielt hier das Verhältnis zwischen Ertrag und Maschinenausstattung doch nicht dieselbe Rolle wie in der Industrie.

Mit dem Hervortreten der Dienstleistungen vollziehen sich auch Änderungen und Wandlungen bei der Vermögensbildung. Während in der Epoche der Sachleistungen und Sachinvestitionen die Vermögensbildung mehr eine Funktion der Realgütererzeugung oder eine Folge der Verbesserung der Qualität und der Marktposition der Sachgüter war, so werden in neuerer Zeit viele und bedeutende Vermögen nicht im Zusammenhang mit Realgütern gebildet, sondern ergeben

sich nur aus vertraglichen oder gesetzlichen Geldansprüchen. Die sicheren und nicht fungiblen Ertragsgüter erhalten daher infolge ihrer relativen Knappheit nicht nur einen durch ihren Ertrag bedingten Wert, sondern erfahren als seltene Objekte zur Vermögensspeicherung eine zusätzliche Preissteigerung.

Viele Vermögen wurden einfach durch eine Werterhöhung der Produktionsmittel und Ertragsmöglichkeiten (Hausbesitz!) geschaffen, wobei sowohl konjunkturelle wie spekulative Elemente und Faktoren zur Gewinnung einer Anlagemöglichkeit mitspielten. Wir möchten an die teuren Bodenkäufe erinnern. Hieber gehören auch die Überpreise für Beteiligungen an Betrieben (Kampf um die Aktien!), dann die Entschädigungen für die Kontingente. Zum Teil resultieren diese Zusatzwerte auch aus der Knappheit von Produktionsstätten und Investitionsmöglichkeiten (Objekte guter Verkehrslagen) oder werden durch Fluchtkapitalien begründet.

Andererseits gelangt der Staat in verstärktem Masse an den Kapitalmarkt und absorbiert einen Teil der Vermögen, die aus Dienstleistungen oder Übergewinnen entstanden sind. Damit erhöhen sich die Steuern und zum Teil auch die Verschuldung der privaten Unternehmer.

Neben der Investition in neuen Produktionsmitteln hat infolge der Begrenztheit der Grosstechnik auch die Investition in bereits bestehenden Produktionsgütern eine besondere Bedeutung erlangt, weil dadurch vielfach die Fixkosten und die Verteilungsspesen der Wirtschaft erhöht werden. Eine Analyse der Neuanlagen zeigt besonders für die Schweiz ein, im Vergleich zu den Kapitalverwendungen für eigentliche Produktionsgüter, auffällig starkes Überwiegen der Investitionen in Wohngebäuden — die nicht als Produktionsmittel im Sinne der Konjunkturtheorien angesehen werden können —, weiter eine Verteuerung des Bodens über den Ertragswert sowie die häufige Erwerbung von Titeln öffentlicher Anleihen. So erreichen in der Schweiz die öffentlichen Schulden (inkl. Bundesbahnen) bereits den Betrag von 5,7 Milliarden Franken — denen etwa 3,5 Milliarden Franken produktive Aktiven gegenüberstehen — und entfernen sich damit nur relativ wenig vom statistisch ausgewiesenen Aktienkapital (etwa 8 Milliarden Franken, wobei hier zahlreiche Doppelbuchungen und zum Teil auch ausländische Papiere inbegriffen sind. Wir haben dafür die eigentlichen Industrieobligationen und die Bankdarlehen für industrielle Zwecke nicht berücksichtigt!).

Infolge des Mangels an guten Kapitalanlagemöglichkeiten erhält die Leitung der Einkommensbildung auch vom Gesichtspunkt der Kostenbildung eine praktische Bedeutung. Es wäre wünschbar, wenn die Vermögensverteilung durch die Fiskalpolitik so überwacht und korrigiert werden könnte, dass die Produktionsgüter nicht von seiten des Anlagekapitals eine nicht ertragsbedingte Verteuerung und die entsprechenden Kosten nicht eine zusätzliche Erhöhung erfahren würden.

Als Abwehrmittel gegen solche Einflüsse können wir besonders eine Verschuldungsgrenze für den landwirtschaftlichen Boden nennen. Für andere Objekte müsste die viel umstrittene Wertzuwachssteuer stärker in Funktion treten (Handelsbetriebe in guten Lagen!), während im Baugewerbe die Preisbildung durch die Grösse der Produktion und des Kredites sehr gut ventiliert werden kann.

Die steigenden Zwangsausgaben haben nun besonders für die Inhaber von gewerblichen und landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, die weder ihre Produktionsstätte noch den technischen und wirtschaftlichen Nutzeffekt erweitern können, eine grosse Bedeutung. So leidet namentlich das Gewerbe, von dem Teile immer mehr auf die Versorgung der kleinen Orte zurückgedrängt werden, mehr und mehr unter dem Rückgang des Umsatzes. Kommen noch fliegende Händler oder Reparaturwagen ins Dorf, so muss der Betriebsinhaber sowohl die steigenden Zwangskosten wie einen Teil des Lebensunterhaltes mit den Reserven decken. Die Verarmung ist in diesen Fällen nur eine Frage der Liquidationsmöglichkeit der Investitionen. Dass einzelne wichtige Zweige des Gewerbestandes und der Landwirtschaft tatsächlich der Verkümmern anheimfallen, ist auf Grund der Akten der Armen- und Konkursbehörden eine unbestrittene Tatsache. Wenn die Länder alter Kultur relativ kleinere Steigerungen der Arbeitslosenzahlen aufweisen als beispielsweise die U. S. A., so rührt dies von der Pufferfunktion des stark verbreiteten Gewerbes und des Kleinbesitzes in der Landwirtschaft her. So haben die an Rohstoffen reichen U. S. A., wo die wirtschaftliche Entwicklung so rapid vor sich ging, dass für die Ausbildung eines grössern Gewerbestandes nur wenig Raum blieb, relativ mehr Erwerbslose als die Schweiz.

Mit der Freisetzung der im Kleingewerbe etc. tätigen Personen ist diesen in der Regel die Vermögenssubstanz zur Errichtung einer neuen Produktionsstätte genommen, wodurch das Heer der Erwerbslosen vermehrt wird, sofern nicht Spezialkredite zur Umlernung und Neuansiedlung vorhanden sind, die allerdings sehr oft an der realen Unmöglichkeit scheitern.

Die — betriebswirtschaftlich gesehen — vielfach unrationelle Struktur der gewerblichen und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bietet natürlich einzelnen rationellen Unternehmungen, besonders des Verteilungsgewerbes, Gewinnchancen. Weil das einzelne Wirtschaftssubjekt infolge der zunehmenden technischen und sozialen Arbeitsteilung immer seltener imstande ist, das Endresultat vieler Vorgänge zu beurteilen, und weil sich auch der Konsument ständig wachsenden Zwangsausgaben und Bedürfnissen gegenübergestellt sieht, finden preiskorrigierende Aktionen einzelner Rationalisten stets auch massenhafte Mitläufer und Anbeter, selbst wenn dabei die Existenz weiter Volkskreise auf dem Spiele steht.

Eine deutliche Konkurrenzierung der rohstoffhaltenden Bedürfnisse, die zunehmende Bedeutung der fixierten Dienstleistungen, die aus strukturellen Gründen gestiegenen Zwangskosten und Zinsleistungen, dann die Unmöglichkeit, die Herstellungskosten der Produkte unter ein bestimmtes Minimum zu redu-

zieren, haben zu einer gewissen Erstarrung der Kosten geführt. Die gleiche Wirkung ergab sich auch aus der vermehrten Ausbildung von Produktions- und Vertriebsmonopolen.

Mit dieser Erstarrung verliert die Kostensenkung pro Erzeugungseinheit als wichtigstes Mittel zur Schöpfung neuer Kaufkraft immer mehr an Wirkungsmöglichkeit.

Wir halten diese Tatsache, die stärkere Staffelung der Leistungsmöglichkeit, die ungleiche Wertung der Leistungen und die Unübersichtlichkeit der Gesamtproduktion, für die wichtigsten Ursachen der wirtschaftlichen Störungen.

Diese Hemmungen im Wirtschaftsverlauf sind nicht nur der kapitalistischen, auf dem Privateigentum ruhenden Wirtschaft eigen, sondern ergeben sich selbst bei einer Sozialisierung der Produktionsmittel. Sofern eine sozialisierte Wirtschaft nicht zur naturalen Zuweisung der Güter eines Minimalstandards greifen will, gibt die vergleichsweise Wertung der Leistungen von Kollektivunternehmungen, die spezialisierte Produkte herstellen, immer Anlass zu gewissen Differenzierungen bei der Versorgungsmöglichkeit des Individuums.

Infolge der Verkrampfung der Preis- und Kostenbildung wie auch der Entwicklungsmöglichkeiten werden die Konjunkturauftriebe immer schwächer und die Zyklen — besonders unter dem Gesichtswinkel des Arbeitsmarktes betrachtet — immer flacher und kürzer. Der gegenwärtige Auftrieb der Weltwirtschaft ist mehrheitlich nicht echt konjunkturellen Ursprungs, sondern eine Folge der Rüstungen, der forcierten Vorratsschaffung für den Kriegsfall etc. Die Besserungserscheinungen sind denn auch in Ländern mit für Rüstungszwecke besonders geeigneten Rohstoffen (Schweden!) am offensichtlichsten. Sowohl hier wie in den U. S. A. machen sich übrigens bereits wieder Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Auch die Belebung des schweizerischen Wirtschaftslebens ist nur in beschränkter Masse eine Frucht der Abwertung, sondern steht unter den gleichen Einflüssen; zum Teil ist sie die Nachwirkung der Hamsterkäufe nach der Herabsetzung des Goldwertes des Frankens. Die Belebung der Fremdenindustrie ist ebenfalls eher eine Folge der allgemeinen Wirtschaftsbelebung, der mehr durch politische Motive begründeten stärkeren Bevorzugung der Schweiz als Ferienaufenthalt und der Tarifpolitik der Bahnen. Sehr wirksam sind noch die Erholungsmomente, die sich aus der Variabilität der landwirtschaftlichen Erträge geben und die momentan eine Kaufkraftserhöhung vieler Agrarländer ermöglichten.

In Volkswirtschaften, die hauptsächlich Veredlungsfunktionen ausüben, wie die Schweiz, die nicht über besonders gefragte Rohstoffe verfügen, wird als Folge der geschilderten Kostenerstarrung auch die Spannung zwischen Export- und Inlandindustrie grösser. Bei der Exporttätigkeit machen sich überdies bemerkenswerte Wandlungen geltend. Der Verbrauchsgüterexport wird immer kleiner, einigermaßen halten kann sich nur die Produktionsmittelausfuhr zur Ausrüstung der sich entwickelnden Länder. Damit ändert sich auch die Bedeutung der Preislage. Exportindustrien

mit technischen Monopol- und Markenartikeln werden vom inländischen Preisniveau weniger benachteiligt als die Hersteller von Gebrauchsgegenständen, die viel stärker der Konkurrenz ausgesetzt sind.

Es ist aber rein ausgeschlossen, dass die Inlandpreise hochentwickelter Volkswirtschaften so reduziert werden können, dass eine Konkurrenz mit Primitivvölkern punkto Selbstbestimmung, wirtschaftlicher Kraft und Freiheit des Individuums (Japan!) ausgehalten werden könnte.

Wir haben in einem früheren Abschnitt dargelegt, dass die schweizerische Vermögensbildung oft grösser war als die innern Anlagemöglichkeiten in echten Ertragsgütern und dass dieser Kapitalüberfluss ein wichtiger Grund war für die Verteuerung vieler Produktionsgüter und damit der Erhöhung des innern Kostenniveaus. Man darf sich daher mit Recht fragen, ob nicht eine bessere Sterilisierung dieser kostenerhöhenden Vermögensüberschüsse durch eine etwas allgemeinere Fiskalpolitik die Mittel hätte liefern können für eine grosszügige Exportstützung. Wenn vor der Abwertung eine gewisse Versteifung des Kapitalmarktes eintrat, so war dies nur eine Folge der früher ungesunden Kapitalverwendung und der Entwertung der Überinvestitionen. Viele dieser einmal überschüssig gewordenen Kapitalien gingen dann in ausländischen und innern Fehlinvestitionen verloren oder wurden in übertriebenen Kurssteigerungen von Aktien, die seither mehr als korrigiert wurden, festgelegt. Die Kapitalsperre machte sich denn auch nur in jenen Sektoren geltend, in denen Neuanlagen unsicher schienen. Dass aber noch beträchtliche Kapitalien gebildet wurden, beweisen u. a. die massiven Hortungen. Zur Enthortung dieser Mittel hat die Abwertung allerdings wesentlich beigetragen.

Preiserhöhungen und Kreditschöpfung?

Aus früheren Ausführungen geht hervor, dass wir forcierte Preiserhöhungen sehr skeptisch beurteilen, selbst wenn sie den Schuldner entlasten und die Investition anreizen können. Auch die Preissteigerung zum Zwecke der Einkommenserhöhung ist von problematischer Wirkung, weil sie, besonders wenn sie unter politischem Druck geschieht, meist zu rapid und zu undiszipliniert vorgenommen wird und damit zufolge der kostenerhöhenden Wirkung mehr schaden als nützen kann (Frankreich!). Wir wollen lieber die Produktion einmal spielen lassen und erst den wirklichen Ertrag zum Ausgleich heranziehen.

Die Rolle des Kredites wie der Zinshöhe und des Zinsgefälles für den Konjunkturverlauf wird in der Regel überschätzt. Einmal kommt es nicht auf den absoluten Betrag des zur Verfügung stehenden Kredites, sondern auch auf die Zirkulationsgeschwindigkeit an. In den U. S. A. wurde mit allen Mitteln, wie Offenmarktpolitik etc., versucht, ungeheure Kredite in die Wirtschaft hineinzupumpen. Oft konnten aber die Darlehen gar nicht absorbiert werden und wurden einfach mit einer Verlangsamung der Umsätze quittiert. Wären wirklich reale Investitionsmöglichkeiten vorhanden gewesen, so hätte ihre Finanzierung vielfach mit eigenen Mitteln geschehen können.

Wir wollen allerdings den psychologischen Effekt des zusätzlichen Kredites nicht bestreiten, obschon dessen Ausmass schwer zu beurteilen ist. Wirtschaftlich kann Kreditschöpfung von Nutzen sein, wenn durch Schaffung von weiteren Betriebsmitteln neue Kaufkraft erzielt oder vorhandene, nicht ausgenützte gebunden werden kann oder wenn sich eine Illiquidität beseitigen lässt.

Die These, wonach Konjunkturumschläge weitgehendst und allgemein durch eine elastische Kreditgewährung vermieden werden könnten, ist aber in ihrer absoluten Fassung nicht haltbar, weil:

- die technischen Entwicklungsmöglichkeiten beschränkt sind,
- die Leistungsfähigkeit, die Leistungsmöglichkeit, die Leistungswilligkeit der Erwerbenden und die Rohstoffvorkommen zu stark differenziert sind,
- der Konsum sich nur in gewissen Teilsektoren steigern lässt,
- die Arbeitslosigkeit auch eine Folge der strukturellen Änderungen des Bedarfes und der Mode ist (Freisetzung durch die Konkurrenz),
- die Arbeitslosen örtlich und auch in bezug auf die Umlernungsfähigkeit stark immobilisiert sind.

Der Effekt der Kredite hängt ausserdem von der rechtlichen Form und von den Bedingungen ab, wie diese durch den Kreditgeber oder beispielsweise durch den Staat an den ersten Kreditnehmer übertragen werden. Der einzelne Betriebsinhaber wird nicht imstande sein, die Allgemeinwirkung seiner forcierten Wirtschaftstätigkeit abzuschätzen und diese bei der Beurteilung seines Absatzes in Rechnung zu stellen. Er wird daher eigentliche Kredite, d. h. mit Zins- und Abzahlungsverpflichtungen verbundene Darlehen nur verwenden, wenn er auf Absatzmöglichkeiten oder Produktionsverbilligung rechnen kann.

Direkte Kaufkraftschöpfung durch staatliche Stützungsaktionen an die Konsumenten und an notleidende Produzentenkreise ist ungefährlich und nützlich, wenn die Mittel hierfür aus einer gerechteren steuerlichen Erfassung der zu grossen Vermögen und Einkommen stammen, die sonst keine nützliche Anlage finden und welche unter Umständen zur Verteuerung der innern Produktion wie auch zum Export der inländischen Erzeugungsstätten führen könnten (Finanzierung der ausländischen Konkurrenzindustrie). Gefährlich dagegen sind direkte Kaufkraftschöpfungen durch eine Vermehrung des Staatsgeldes oder durch Staatsanleihen, indem sie sowohl inflationäre Gefahren wie eine Verteuerung der Fixkosten der Wirtschaft auslösen müssten. In bezug auf die steuerliche Belastung ist zu sagen, dass in der Schweiz einzelne Kreise, besonders der kleinere Mittelstand, im Übermass mit Steuern belastet wird, während sich andererseits noch bedeutende Vermögen und Einkommen der steuerlichen Erfassung zu entziehen wissen.

Die Arbeitskapazität von Arbeitsbeschaffungsanleihen ist relativ klein! Staatliche Zuschüsse an bestimmte Produktionsgänge (z. B. Umbauten) können wohl durch Kostenumlage wirksam sein, nehmen aber vielfach die Arbeiten späterer Zeitpunkte vorweg.

Dies wird sowohl durch die Erfahrungen in den U. S. A. und wie auch in Frankreich bestätigt. Ebenfalls in der Schweiz macht man die gleichen Feststellungen, wenn bei diesen Unternehmungen die vollen Löhne bezahlt werden müssen. Die weiteren Gründe dieser Tatsache können wir vielleicht am besten anhand eines Beispiels darlegen. Sagen wir, es wäre möglich, ein Anleihen von 500 Millionen Franken für staatliche, nur wenig produktive Arbeiten zu erhalten. Dieser Betrag muss, sofern keine zusätzliche Geldschöpfung durch den Staat vorgenommen werden soll, dem Kapitalmarkt entnommen werden. Von diesen 500 Millionen werden nun aber nur jene Anteile vermehrte Arbeit schaffen können, die sonst nicht in der Wirtschaft verwendet worden wären, also Hortungen, dann Kapitalien, die nur eine Verteuerung der Produktionssubstanz ohne Neuproduktion zur Folge gehabt hätten oder die dem Ausland mit Verlust hingeliehen worden wären. Der Effekt des Arbeitsanleihens wird noch kleiner, wenn es durch Besteuerung der kleinen Einkommen gedeckt werden soll und auf diese Weise einfach den Verbrauch von andern Gütern konkurrenziert. Wird sogar zur Ausgabe von Staatswechseln geschritten, so sind die inflatorischen Gefahren viel grösser als der Nutzen. Dass wir keine Theorie betreiben, beweisen die jüngsten Massnahmen in den U. S. A., wo die zu reichlich gewährten Kredite unter dem Eindruck der Inflationsgefahr nun zum Teil wieder etwas sterilisiert worden sind (Erhöhung der Pflichtreserven der Banken!). Bei dieser Gelegenheit können wir erwähnen, dass die Staatsschulden der U. S. A. von 1,5 Milliarden Dollar (1914) auf 33,8 Milliarden Dollar (Ende 1936) gestiegen sind, wobei die grösste Zunahme auf die letzten Jahre entfällt. Auch die andern Staaten haben ausserordentliche Belastungen aufzuweisen, welche nicht ohne verteuernde Wirkung auf die Produktion bleiben. Wir sind der Ansicht, dass sich viele der bestehenden Staatsschulden nicht mehr auf normale Weise tilgen lassen, sondern ewig übertragen oder radikal amortisiert werden müssen. In einzelnen Staaten behilft man sich vorläufig mit Zwangskonsolidierung und Zwangskonversionen oder mit einem gewissen Druck auf die Zinsen. Die Abwertung der Staatsschulden bringt aber in den seltensten Fällen einen gerechten Ausgleich, da es vornehmlich kleine Kapitalisten und Banken, dann gemeinnützige Fonds und Pensionskassen sind, welche diesen Papieren Vertrauen schenken.

Weil wir befürchten, dass sowohl die geschilderte Kostenverkrampfung wie auch die weltwirtschaftlichen Zustände keine völlige Gesundung der Verhältnisse erlauben werden, möchten wir mit einem Vorschlag versuchen, die Wege zu weisen, um die aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschalteten Menschen wenigstens in einem reduzierten Umfange wieder an der Produktion teilnehmen zu lassen, ohne dass für die übrige Wirtschaft und den Staat untragbare Lasten entstehen. Wir glauben nämlich, dass infolge der Kompliziertheit der Kostenbildung und der verstärkten Differenzierung der Leistungsfähigkeit auch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung das Problem nicht auf die Dauer zu lösen imstande wäre.

Die schweizerische Wirtschaft muss in einen privatwirtschaftlichen und einen volkswirtschaftlichen Sektor geteilt werden. Im privatwirtschaftlichen Lager würden einfach die Erwerbenden

bleiben, die heute noch eine Betätigungsmöglichkeit besitzen. Der volkswirtschaftliche Kreis würde alle jene Arbeiten, die einen praktischen Sinn haben, aber privatwirtschaftlich unrentabel sind, übernehmen, wobei nun die Arbeitsleistungen nicht zu den Ansätzen des Marktes zu entschädigen wären. Weil die Arbeitslosen nicht gut zusammengefasst werden können, da viele von ihnen Familien haben etc., muss ein sogenanntes Volkswirtschaftsjahr für die Jugend eingeführt werden, die bereits die Berufslehre abgeschlossen hat. Sie würde damit den ältern Arbeitslosen, die selten versetzbar sind, Platz machen. Die «volksdienst»-pflichtige Jugend würde je nach Art der vorzunehmenden Arbeit zu kleinern oder grössern Gruppen vereinigt und unter die Führung eines fähigen und ethisch hochwertigen Leiters gestellt. Die Angehörigen des «Volksdienstes» — der im Sinne der Motion des verstorbenen Nationalrats Waldvogel wenigstens für das männliche Geschlecht obligatorisch wäre — erhielten vollwertige Nahrung, Unterkunft, die Arbeitskleider und andere zweckmässige Unterhaltung sowie ein kleines Taschengeld. Die Idee ist keineswegs neu, sondern wir möchten ihre Verwirklichung nur etwas anders organisieren. Die heute schon bestehenden Arbeitslager sind nämlich deshalb etwas kostspielig, weil sie fast ausschliesslich mittelbare und zum Teil völlig unproduktive Arbeiten ausführen. Auch ist der Arbeitseffekt in der Regel nicht sehr gross. Um dem letztern Mangel abzuhelpfen, müsste eine gewisse, wenn auch bescheidene Leistungsprämie vorgesehen werden. Das Neuartige am nun vorliegenden Plan besteht darin, dass sich dieser «Volksdienst» — wenigstens teilweise — mit den notwendigen Verbrauchsartikeln selbstversorgen müsste. Eine Konkurrenzierung der übrigen Wirtschaft kommt dadurch nicht zustande, da ja die Arbeitslosen ohnehin einen stark reduzierten Verbrauch haben und die übrigen Zweige überdies auch indirekte Vorteile aus diesem «Volksdienst» ziehen würden.

An Arbeitsmöglichkeiten fehlt es nicht. Vorerst müsste einmal ein Kulturkataster über jenes Areal angelegt werden, das heute privatwirtschaftlich sehr extensiv bebaut wird oder das durch Verbesserung in viel ertragreichere Kulturen übergeführt werden könnte. Es handelt sich um zahlreiche Meliorationsgebiete (Entwässerungen), dann um Ländereien, die verkehrungünstig an den Gemeindegrenzen oder namentlich im Gebiete der Alpweiden gelegen sind. Gerade die heutige Übergangszone zwischen Wiesland und Weiden im Voralpengebiet birgt noch viele Arbeits- und Produktionsmöglichkeiten. Wir schätzen die verbesserungsfähigen Flächen dieser Art auf mehr als 200 000 ha. Das Land würde von den Eigentümern, vielfach Gemeinden oder Korporationen, langfristig und billig gepachtet und zu Betriebseinheiten für die Produktion von Milch und Fleisch, eventuell auch von Gemüse, Obst und Trauben unter Glas, weniger vielleicht von Getreide, zusammengefasst. Auch der Anbau von Flachs, eine zusätzliche Schafzucht — wobei die Tiere mit Heu gewintert würden, das ebenfalls in der Alpreigion und auf heute nicht mehr benutzten Weiden erzielt werden könnte — ist technisch möglich. Der Kartoffelbau ist ebenfalls an sehr vielen Orten entwicklungsfähig. Die notwendigen Fachkenntnisse brächten die Bauernsöhne mit, die heute in vielen Betrieben nicht voll beschäftigt werden

können und sich gegenseitig das Leben sauer machen, weil die Liegenschaften zu klein sind — übrigens neben andern ein Grund der Überschuldung vieler Betriebe —. Damit wäre auch der Landwirtschaft gedient, um so mehr als gleichzeitig die Nachfrage nach Boden und damit die Gefahr der Bodenpreissteigerung etwas auseinandergezogen werden könnte.

An Gebäuden würden zuerst einmal die vorhandenen, teils unbenutzten Anlagen renoviert, die übrigen könnte der «Volksdienst» selbst erstellen. Andere Gruppen dieses Dienstes würden die Ausbeutung der Wälder übernehmen, die heute aus preislichen Gründen nicht genutzt werden können. Es wäre technisch möglich, diese Holzvorräte für die obigen Bauten zu verwerten und auch sonst in eine Form überzuführen, die praktisch verwendet werden könnte (Papier, Holzgas!). Weiter hat die Schweiz immerhin noch zahlreiche — wenn auch kleinere — Erzlager im Wallis und in Graubünden, deren Ausnützung privatwirtschaftlich unmöglich ist. Wir denken dabei an die Asphalt-, Kobalt-, Eisen- und Kupfer-, ja zum Teil auch Goldvorkommen. Die Verwertung dieser Lager vermöchte vielen Geologen und Bauingenieuren, welche die Hochschule verlassen haben und stellenlos sind, wertvolle Anregungen und Befriedigung verschaffen. Zum Teil kann auch eine Weiterverarbeitung der entsprechenden Rohstoffe geschehen, womit namentlich den «Volksdienst»-Pflichtigen aus der Industrie Betätigungsmöglichkeit geboten würde. Auch bei der Anlage von Strassen, von militärischen Anlagen, beim industriellen und landwirtschaftlichen Versuchswesen könnte sich der Volksdienst nützlich machen. Wer noch die landwirtschaftlichen Zustände vieler Gegenden kennt, weiss, dass eine sehr grosse Zahl von Gebäuden reparaturbedürftig ist, die aber nicht renoviert werden können, weil der Betriebsinhaber die Mittel für eine privatwirtschaftliche Regelung der erforderlichen Auslagen nicht mehr besitzt oder sich mit den Umbauten viel zu stark verschulden müsste. Auch hier könnte der «Volksdienst» eingreifen, wobei er eventuell als Gegenleistung nicht verkäufliche Produkte übernehmen würde. Überhaupt kann der «Volksdienst» auch die Verwertung von Produktionsüberschüssen und ihre Verteilung an die ungenügend versorgten Kreise übernehmen. Die stossend wirkende Überschussverschleuderung liesse sich damit weitgehend vermeiden.

Der «Volksdienst» würde grundsätzlich keine Produkte verkaufen und die übrige Wirtschaft nicht konkurrenzieren. Nur wenn er Erzeugnisse herstellt, die sonst nirgends erhältlich sind — zum Beispiel aus gewonnenen Spezialmetallen — kann der Markt beliefert werden. Auch in Zeiten der Not hätte der «Volksdienst» mit seinen Überschüssen einzuspringen und würde damit zugleich eine wichtige versorgungspolitische Funktion übernehmen können. In sonstigen Zeiten würden die sich in einigen Produktionszweigen ergebenden Überschüsse nur an solche Erwerbende nach dem Gutscheinsystem abgegeben, deren privatwirtschaftliche Einnahmen keine genügende Versorgung erlauben (Arbeiter notleidender Exportindustrien oder alte Arme!).

Zur Stützung des Arbeitsmarktes müsste die Dauer der «Volksdienst»-Zeit dem Arbeitsvorrat der verschiedenen Berufe

angepasst werden, denen die jungen Leute angehören. Hat die Wirtschaft Bedarf an besonderen Arbeitskräften, so kann die betreffende Berufskategorie ganz vom «Volksdienst» dispensiert werden. Dass dabei eine wohltätige Wirkung auf die Arbeitsverfassung erzielt werden könnte, ist wohl einleuchtend. Dies würde u. a. auch erlauben, für gewisse Berufe sogar eine temporäre Berufssperre einzuführen, wodurch sogar kostenvermindernd gewirkt werden könnte. Es ist ja eine bekannte Tatsache, dass Angehörige übersetzter Berufe, wenn sie einmal einen Klienten erwischen, diesen oft ungebührlich lange bearbeiten und ihm übersetzte Spesenrechnungen präsentieren, was die Scheu vor der Vergebung weiterer Aufträge immer mehr vergrössert (Prozesströhlereien, ärztliche Behandlungen!). — Der Staat hätte nur die Rohstoffkosten und die Bundesbahn die Transporte des «Volksdienstes» als Füllarbeit oder gegen naturale Gegenleistungen zu übernehmen. Bis die Aktion einmal eingerichtet und die Eigenproduktion im Gang wäre, würden natürlich etwas grössere Mittel erforderlich sein, doch scheint uns deren Aufbringung nicht ausserhalb des Erreichbaren zu liegen, wenn man sich entschliessen könnte, jene Vermögen und Einkommen besser zu erfassen (z. B. durch Erbschaftssteuern), die im Übermass vorhanden sind und deren privatwirtschaftliche Verwendung eine Verteuerung der Produktionsmittel verursachen müsste. Eine Mehrverschuldung des Staates wäre bei einer gerechten Finanzpolitik nicht notwendig. Dieser «Volksdienst» liesse die verschiedenen Volkskreise zusammenführen und würde damit das wechselseitige Verständnis für die besondern Verhältnisse der vielen Erwerbsgruppen und Zonen fördern, was sich für das spätere politische Leben sicher wohltätig auswirken könnte. Voraussetzung ist natürlich, dass die Leiter der Arbeitsgruppen ihrer Aufgabe gewachsen sind. Im «Volksdienst» könnten sich viele Akademiker und Ausgelernte aller Berufe sinngemäss betätigen und auch für ihre berufliche Laufbahn zahlreiche Anregungen empfangen. Die lehrentlassene Jugend bekäme damit nicht das Gefühl der Überflüssigkeit und würde nicht der Verbitterung anheimfallen, wie dies heute vielfach der Fall ist, wenn der aus der Berufslehre entlassene junge Mann einer oft Jahre dauernden Arbeitslosigkeit entgegensehen muss.

Neben der Einführung des «Volksdienstes» müssten in der privatwirtschaftlichen Sphäre noch folgende Massnahmen ergriffen werden, wenn der Arbeitsmarkt einigermaßen entlastet bleiben sollte.

1. Möglichste Verwertung der schweizerischen Kaufkraft auf dem Weltmarkt.

2. Bessere Verteilung fungibler Funktionen, die heute noch zu sehr auf einzelne Gruppen von Personen konzentriert sind. Vermeidung des Doppeldienertums und der Ämterkumulation.

3. Ständige Überwachung der Preisbildung und Preishöhe der Monopolartikel und der Dienstleistungen, welche die Fixkosten der Wirtschaft stark verteuern können.

4. Bessere Regulierung der Bildung von Spardepositen durch elastische steuerliche Erfassung und Verhinderung zu grosser Monopolrenten, damit die Produktionskosten auch von dieser Seite her nicht zusätzlich verteuert werden.

5. Notwendig ist weiter die Bereitstellung von Mitteln zur weitgehenderen Förderung der technischen Forschung und des Versuchswesens, damit auch Talenten ohne Betriebsmittel die Möglichkeit geboten wird, ihre Ideen und Fähigkeiten im Dienste der Gesamtwirtschaft zu entwickeln.

6. Wie weit sich die Rechtspflege mehr als bisher den wirtschaftlichen Bedürfnissen anpassen soll, um die ausgleichenden Kräfte nicht zu stark zu lähmen, kann an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Dass man aber auch auf diesem Gebiete eine Wandlung der Auffassungen wahrnehmen kann, beweist die versuchte Umschaltung des obersten Gerichtshofes in den U. S. A.

Eine Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen im angedeuteten Sinne wird natürlich auf mannigfache Schwierigkeiten psychologischer und anderer Natur stossen, doch dürften diese nicht unüberwindbar sein.
